

# Bräuer-Beitrag.

Offizielles Organ des Centralverbandes deutscher Brauereiarbeiter  
und Publikationsorgan der Berufsverbände der Schweiz und in Oesterreich.

N<sup>o</sup> 8.

Erscheint jeden Freitag. — Postzustellungs-Nr. 1342.  
Redaktion und Expedition: Burgstr. 9, Hannover.  
Verleger u. verantwortl. Redakteur: F. Krieger, Hannover.  
Druck von Dörfler & Lüder, Hannover.

Hannover,  
20. Februar 1903.

Abonnementpreis pro Quart.: 1,50 Mk., unter Kreuzb.  
2 Mk.; f. d. Ausl. 2 Mk., u. Kreuzb. 2,50 Mk. — Einzel-Nr.  
20 Pf. — Geschäfts-Inserate: die sechsgep. Beilage  
30 Pf., f. Wiederh. Rabatt. And. Inserate die Beilage 20 Pf.

13. Jahrg.

## Das neue Krankenversicherungsgesetz.

Unter denjenigen Sozialgesetzen, welche die Arbeiter am häufigsten benutzen, ist das Krankenversicherungsgesetz in erster Linie zu nennen. Speziell in unserem Bezirke ist die Erkrankungshäufigkeit eine so oft vorkommende, daß der Arbeiter, auch wenn er sich sonst noch so wenig um die Sozialgesetzgebung bekümmert, an diesem Gesetze das lebhafteste Interesse hat. Leider giebt es ja noch Hunderttausende von Arbeitern, die sich um das Unfallversicherungsgesetz und um die Invalidenversicherung gar nicht bekümmern, bis sie einmal das Schicksal so hart trifft, daß sie auf Grund dieser Gesetze eine Unterstützung fordern sollen. Aber wie häufig sind die Arbeiter, besonders die gewerkschaftlich nicht organisierten, ohne jede Stütze und Rückhalt, viele Millionen Mark entgingen den Arbeitern, weil sie ihre Rechte auf Grund dieser Gesetze nicht zu wahren verstanden. So groß die Unkenntnis auf diesem Gebiete heute noch ist, so sehr muß sie bekämpft werden im eigensten Interesse der Arbeiterschaft. Glücklicherweise wird nicht jeder Arbeiter von einem Unfälle betroffen, glücklicherweise werden auch nicht alle Arbeiter invalid, aber Arbeiter, die niemals krank werden, die niemals einen Anspruch auf Krankengeld haben, giebt es leider nur ganz ausnahmsweise. Deshalb ist das Interesse für die Krankenversicherungsgesetzgebung ein regeres und wacheres als für die anderen Arbeiterversicherungsgesetze. Das Krankenversicherungsgesetz war schon seit vielen Jahren in hohem Maße reformbedürftig. Eine umfangreiche Literatur über diese Reformbedürftigkeit ist aufgestapelt worden, Kongresse der Krankenkassen haben sich seit Jahren ständig mit der Frage der Umgestaltung des Gesetzes befaßt, Ärzte, Kassenbeamte, haben es nicht fehlen lassen, die Gesetzgebung auf die Mängel dieses Gesetzes aufmerksam zu machen, eine ganze Menge von Petitionen sind in dieser Hinsicht an den Reichskanzler, an den Bundesrath, wie auch an den Reichstag abgegangen. Schon vor 2 Jahren hatte die Reichsregierung einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der, neben manchen Vortheilen für die Versicherten, einen gewaltigen Schaden ihnen androhte, indem er geeignet war, die Selbstverwaltung der Kassen zu vernichten.

Der Unwille gegen den bekannt gewordenen Gesetzentwurf war so groß, daß die Reichsregierung die Schuld an demselben auf einen ihrer Geheimräthe wälzte und sich als ein unschuldiges Kind hinstellte, als ob es niemals das Wasser getrübt hätte, als ob sie niemals 12 000 Mark von den Unternehmern für eine Propaganda zur Durchsetzung der Zuchthausvorlage im Interesse der Schatzkammer verlangt und erhalten hätte, als ob ihr ein Angriff auf die Selbstverwaltung der Arbeiter vollständig ferngelegen hätte. Es folgte dann ein Versteckenspiel, einmal erklärte die Regierung, daß die Krankenkassenvorlage den Reichstag bald beschäftigen würde, dann wieder, im Herbst des Jahres 1902, daß vor dem Jahre 1904 oder 1905 an eine Erledigung der Krankenkassenvorlage nicht zu denken sei. Da wurde man plötzlich in den letzten Wochen mit der Veröffentlichung eines Entwurfs eines Ergänzungsgesetzes zur Krankenversicherung überrascht, um so mehr überrascht, als nach der letzten Bestimmung dieses Entwurfs das Gesetz am 1. Juli 1903 in Kraft treten soll. Wer nun weiß, daß der Reichstag über Ostern nicht zusammengehalten werden kann, daß am 16. Juni d. J. sein natürliches Ende gekommen sein wird, der mußte sich fragen, was die Regierung veranlaßt, dem mit Arbeiten überlasteten Reichstag die Mühen der Verabschiedung dieses Gesetzes noch zuzumuthen. — Es war bald ganz klar, daß die Regierung nicht allein mit ihrem Hungerzolltarif, mit Androhung von Bier- und Tabaksteuern, mit der Aussicht auf neue gewaltige Militär- und Marinevorlagen in den Wahlkampf treten wolle. Man wollte den Wählern auch zeigen, daß die Reichsregierung nicht bloß für die Junter und für Heer und Marine ein Herz habe, sondern auch für die Arbeiterschaft. Die Arbeiter haben freilich ein zu gutes Gedächtniß für das, was in den letzten fünf Jahren gegen sie geplant wurde und was unterlassen wurde, für sie zu thun. Die Regierung wird trotz aller schönen Worte in den nächsten Wochen, trotz ihres so unnatürlichen und plötzlichen Eifers auf sozialpolitischem Gebiete bei den Wahlen keine Seide spinnen.

Betrachten wir uns nun, ob dieses neue Krankenversicherungsgesetz wirklich eine so große sozialpolitische

That sei, wie unsere vortreffliche Regierung uns gerne, aber freilich ohne Erfolg, glauben machen möchte.

Bier Vortheile bietet die Novelle: für alle Kassen soll die Verpflichtung eintreten, statt wie bisher für mindestens 13, für 26 Wochen Krankenunterstützung, und Wöchnerinnenunterstützung statt mindestens für 4, für 6 Wochen auszubehalten, den Geschlechtskranken die Krankenunterstützung nicht mehr zu verweigern und endlich vor der Feststellung der ortsüblichen Tagelöhne Arbeiter und Unternehmer zu hören, was bekanntlich für die Krankenkassen wichtig ist, da sich, so in der Gemeindeversicherung, die Beiträge zu den Krankenkassen und deren Leistungen nach den ortsüblichen Löhnen zu richten haben.

Wer von der Krankenversicherung nicht mehr als den Gesetze kennt, mag diese Bestimmungen als einen sehr erheblichen Fortschritt betrachten, dies thun auch viele bürgerliche Organe. Wer aber die tatsächliche Entwicklung des Krankenkassenwesens studirt hat, der sieht bald ein, daß die Fortschritte, welche die Regierung zu bieten meint, für eine große Zahl von Kassen und von Versicherten längst bestehen und ohne Mühe leicht durch die Selbstverwaltungsorgane den Kassen ohne Zwang geboten werden könnten, wenn Regierungen und Reichstag bloß mit der unvernünftigen, jedem gesunden Verwaltungsprinzip widersprechenden Zersplitterung des Krankenkassenwesens wüßten, wenn etwa der einzige Paragraph der Novelle heißen würde: Personen, welche gegen Gehalt und Lohn beschäftigt sind, müssen in Orten von 10 000 und mehr Einwohnern in Ortskrankenkassen, in allen übrigen Orten in Bezirkskrankenkassen gegen Krankheit versichert sein. Mehr als eine Orts- bezw. Bezirkskrankenkasse darf an einem Orte bezw. in einem Bezirke nicht bestehen. Eine Bestimmung dieser Art würde die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter, das Gefinde und viele Zehntausende anderer gegen Lohn und Entgelt beschäftigten Personen dem Krankenversicherungsgesetz unterwerfen und damit zum Nutzen der jetzt schon Versicherten wie der bisher nicht Versicherten den Kreis der gegen die wirtschaftlichen Folgen der Krankheit einigermassen Geschützten ausdehnen und damit die Grundlagen der Versicherung verbessern.

Je größer der Kreis der Versicherten ist, desto mehr gleichen sich die Risiken der Versicherung aus, desto weniger fallen die Verwaltungs- und sonstigen allgemeinen Kosten ins Gewicht, desto leichter sind allgemeine Vortheile den Versicherten zu schaffen. Hierzu ist aber auch unser zweiter Vorschlag erforderlich, daß — abgesehen von Zuschußklassen aller Art — in einem Orte, bezw. in einem Bezirke bloß eine den Bestimmungen des Krankenversicherungsgesetzes entsprechende Kasseneinrichtung bestehen darf. Damit fallen alle Betriebs-, Fabriks-, Bau-, Innungs-, Krankenkassen, die Gemeindeversicherung und die verhängnisvolle Zersplitterung der Ortskrankenkassen weg, damit würden erst lebensvolle, leistungsfähige, widerstandskräftige Ortskrankenkassen geschaffen werden. Dann wäre auch die Möglichkeit geschaffen, ohne die nun vom Gesetze in Aussicht genommene Erhöhung der Beiträge von 2 auf 2,4 Prozent des ortsüblichen Tagelohnes bei der Gemeindeversicherung, und von 3 auf 3,6 Prozent des tatsächlich verdienten Lohnes bei den Ortskrankenkassen, all das und auch noch mehr den Krankenversicherten zu gewähren, was sie nun auf Grund des Gesetzes erhalten sollen. Den Regierungen ist aber die Zersplitterung und die Schwäche der Kassen gar nicht unerwünscht, sie sind nicht für die Stärkung der Selbstverwaltungseinrichtungen der Arbeiter, sondern im Gegentheil, wie wir noch sehen werden, für ihre Schwächung! Und doch müßte eine Regierung, eingedenk der oft gegebenen, aber nie gehaltenen Versprechungen, daß auf eine Vereinheitlichung des gesamten Arbeiterversicherungswesens hingearbeitet würde, für eine Vereinfachung der Krankenkassen-Organisation wirken und nicht die Verewigung der heutigen Organisation erstreben.

Wir müssen uns aber auch vor Augen halten, daß heute schon vielfach das gewährt wird, was die Regierungen in dem Gesetze versprechen. Eine lange Reihe von Kassen, vor Allem die Ortskrankenkassen, bewilligen heute schon Krankenunterstützung für 26 und mehr Wochen, ja selbst für die Frist eines Jahres, desgleichen haben heute schon alle Wöchnerinnen, für welche die betreffenden Bestimmungen der Gewerbeordnung gelten, das Anrecht auf 6 Wochen Wöchnerinnenunterstützung, endlich ist der Ausschluß der

Geschlechtskranken von der Krankenunterstützung nur noch bei ganz zurückgebliebenen Krankenkassen üblich, schon lange nicht mehr die Regel. Auch die Befragung von Unternehmern und Arbeitern, so der Gewerbegerichtsbeisitzer, vor Feststellung des ortsüblichen Tagelohnes wird keineswegs erst durch das neue Gesetz eingeführt, sondern kam schon vorher vor.

Wenn in der bürgerlichen Presse und auch in einigen Arbeiterblättern behauptet wurde, auch Graf Bosobomsky äußerte sich ähnlich im Reichstage, daß an die 26 Wochen Krankenunterstützung für länger Kranke sich die Invalidenunterstützung anschließen werde, so ist dies eine Uebertreibung, da nicht jeder nach dem Krankenversicherungsgesetze Unterstützungsberechtigter als erwerbsunfähig nach den Bestimmungen des Invalidenversicherungsgesetzes zu gelten haben wird, so daß für viele dauernd Kranke künftig die Bezugsberechtigung mit dem Abschluß der 26. Woche aufzuheben haben wird.

Hieraus ersieht man schon deutlich, daß die Krankenversicherungs-Vorlage nicht großes Lob verdient; das Wenige, was zu ihrer Anerkennung gesagt werden konnte, steht aber im grellen Widerspruch zu der Tatsache, daß der wenige Nutzen von den Arbeitern mit Aufgabe von Rechten, mit der Einschränkung der Selbstverwaltung erkaufte werden soll. Ausländer, Frauen, Personen, denen die bürgerlichen Ehrenrechte entzogen sind, es passiert das auch Deuten, welche über die Bedeutung des § 152 der Gewerbeordnung anderer Meinung sind, wie manche dem sozialen Leben verständnislos gegenüberstehende Richter, sollen nicht in den Vorstand einer Krankenkasse oder als Rechnungs- oder Kassensführer berufen werden dürfen. Ein bürgerliches Blatt, die „Frankfurter Zeitung“, bemerkt dazu ganz zutreffend:

„Bei der fortgesetzt ausgedehnten Anwendung der Strafgesetze, bei den geradezu haarsträubenden Verurtheilungen, die wir in den letzten Jahren erlebt haben, ist es vom Standpunkte der politischen Freiheit durchaus nicht unbedenklich, die Folgen richterlicher Ehrenstrafen noch zu erweitern.“

Aber nicht bloß in der Freiheit der Wahl ihrer Krankenkassenpersonen sollen die Versicherten beschränkt werden, auch die Abhängigkeit der Vorstehenden der Kassen von den Behörden soll gesteigert werden; sie sollen verpflichtet werden, Beschlüsse, die gegen die gesetzlichen Bestimmungen verstoßen könnten, durch Bericht an die Aufsichtsbehörde zu beanstanden, so daß sie mehr zu Werkzeugen der Behörden werden dürften und sich nicht ausschließlich als verantwortliche Beamte ihrer Wähler betrachten dürften. Die Behörden sollen weiter das Recht erhalten, jedes Vorstandsmitglied, auch den Vorstehenden, seines Amtes zu entsetzen. So sollen die Kassen immer mehr abhängig gemacht werden von den Behörden, und um Rechte gebracht werden, die die Arbeiter bald zwanzig Jahre besitzen.

So bietet das neue Krankenversicherungsgesetz für geringe Vortheile erhebliche Entrechtung der Arbeiter, mit der einen Hand wird gegeben, mit der anderen genommen.

Und da wundert man sich noch, daß die Arbeiter kühl bis ans Herz der Sozialpolitik der Reichsverwaltung gegenüberstehen! —

## Korrespondenzen.

Mitgen. Am 8. Februar fand unsere gut besuchte Monatsversammlung statt. Die früher ausgetretenen Kollegen waren trotz schriftlicher Einladung nicht erschienen, entgegen ihrem Versprechen dem Vorstehenden gegenüber, daß sie in eine Versammlung eingeladen werden wollten, um eine Aussprache herbeizuführen, und sich dann dem Verbands wieder anschließen wollten. Es scheint, daß hier noch andere Gründe mitgespielt haben, als die feinerzeit angeführten, welche der Austritt veranlaßt haben sollten. Mögen nur die betreffenden Kollegen es nicht zu spät einsehen, was sie hierdurch fehlen, und gleichzeitig mögen sie es sich merken, daß hauptsächlich in betreff dem Betrieb es Sitte ist, wer heute noch lieb Kind ist, morgen aus geringstem Anlaß aufs Pfaster fliegt. Die Beweise dafür, daß dieses wahr ist, werden auch die betreffenden Kollegen zu geben, denn es ist noch nicht so lange her, daß dieses wiederholt geschehen ist. Um dieses aber zu vermeiden, ist es Pflicht, daß sich jeder Brauereiarbeiter der Organisation anschließt. — Im Kartellbericht wurde bekannt gegeben, daß die Wirtschaft von Sch. von jedem organisierten Arbeiter zu meiden ist, indem der betreffende Wirth einen unserer Kollegen polizeilich denunziert hatte, sodas dieser einen Strafbefehl von einem höheren Betrage erhielt. Auch mit unserem Kollegen E. beschäftigte sich die Kartell-Sitzung schon verschiedene Mal, indem die organisierten Arbeiter verlangen, daß derselbe wieder in der Brauerei, wo er früher beschäftigt war und gemahregelt worden ist, eingestellt werde; es sind schon weitere Schritte veranlaßt. Auch die hiesigen Schuhmacher kommen nicht zur Ruhe, und zwar wird hierfür von Seiten der Unternehmer ge-

sorgt. Deshalb Kollegen, die Augen offen, laßt es nicht am Solidaritätsgefühl fehlen, agitiert in jeder Weise, damit sich die Arbeiter organisieren, hauptsächlich aber bei uns, denn auch uns stehen noch kommende Kämpfe bevor; deshalb sorgt, daß wir gerüstet sind, und zwar dadurch, daß Ihre immer neue Mitglieder unserer Reihen zuführt, bis der letzte Mann organisiert ist. — Der Versammlung wurde auch die Ehre des Besuchs seitens eines Herrn Br. zu teil. Leider ist der Herr vor der Ehre geblieben; wir hätten es jedoch für zweckmäßiger gehalten, wenn er ins Versammlungstokal gekommen wäre, um auch zu hören und zu lernen, wie Arbeiter fühlen und denken, was beiderseits von Nutzen gewesen wäre. Jedenfalls wird er sich auch freuen, wenn wir unseren Lohn zu verbessern bestrebt sind, da er selbst Augen davon haben wird, wenn unsere Lage verbessert wird. Also nächstes Mal nur getrost in die Versammlung, eine gegenseitige Aussprache und ein gegenseitiges Erkennen und Verstehen ist immer von Vorteil für beide Teile. — Zu berichten ist noch, daß die Beschlüsse des Vorstandes betr. die Sozialfrage von der Versammlung gutgeheißen wurden.

**Arnstadt.** Am 8. Februar fand unsere Mitgliederversammlung statt, die aber leider schwach besucht war. Es ist traurig, aus einem sonst in Bezug auf Gewerkschaftsbewegung an der Spitze marschierenden Orte noch solche Rücksichtslosigkeit seitens einer so stark vertretenen und bis auf Blut ausgetretenen Arbeiterkategorie berichten zu müssen. Anstatt am Nachmittag die Versammlung zu besuchen, zogen es einige Kollegen vor, am Vormittag den Dampfessel freiwillig (!), ohne daß ihnen von irgend einer Seite ein Auftrag erteilt worden wäre, zu isolieren, so daß sie endlich Mittags um 12 Uhr fertig wurden, vielleicht mit dem Gedanken, sich einen Stein ins Brett gesetzt zu haben. Wir wollen abwarten, ob nicht über kurz oder lang selbige Kollegen auch den bekannten Fußtritt erhalten. Man ist unwillkürlich versucht, zu fragen: Langt denn diese lange Arbeitszeit an den Wochentagen, sowie die sich alle Sonntag wiederholende freiwillige Zugabe an Arbeitszeit noch nicht zu, um sich genügend auszuarbeiten zu können? So lange in Arnstadt allerdings derartige Kollegen vegetieren, wird es schwer halten, auf Besserung zu hoffen. Dann sei auch an dieser Stelle nochmals den Arnstädter Kollegen zugerufen: „Tretet Alle ein in unsere Reihen, helft mit, damit wir das von einem Unternehmer in Arnstadt abgegebene Versprechen: Lohn 26 Mt., 10stündige Arbeitszeit, Bezahlung von Überstunden, bald einlösen können. Auf die sonst kranken Verhältnisse der Brauereiarbeiter Arnstadts kommen wir in Kürze zurück.“

**Milchereien.** In der am 1. Februar stattgehabten Versammlung waren sämtliche Mitglieder mit Ausnahme derjenigen, welche Dujour hatten, anwesend. Dieser zahlreiche Besuch wurde von allen Mitgliedern mit Freuden begrüßt und mündlich es sich die Mitglieder zur Aufgabe machen, sich den Zielen und Bestrebungen der modernen Arbeiterbewegung Rechnung zu tragen. Auch auf agitatorischem Wege müßte noch mehr getan werden, da es noch viele gibt, welche unserer Sache noch fernstehen und nur immer auf die Thaten der Verbandsmitglieder rechnen. Über leider ist es schwer, auf diese Weise etwas zu erreichen, denn nur, wenn Alle dem Verbandsangehörigen, ist es möglich, unsere Lage zu verbessern. Darum, Kollegen, agitiert thätig, um Alle in unsere Reihen zu bringen. — Nach Erledigung der üblichen Geschäfte legte der Kassier die Abrechnung vom 4. Quartal vor, wobei Alles in bester Ordnung befunden und dem Kassier Entlastung erteilt wurde. Unter „Verschiedenes“ wurde die Führung einer Liste beschlossen, welche die fehlenden Mitglieder aufweist, um dann bei Versammlungen die Sämnigen vorzulesen.

**Wormen.** Unsere diesjährige gut besuchte Generalversammlung fand am 1. Februar bei Hühn statt. Der Vorsitzende erwähnte die Kollegen, die Versammlungen besser zu besuchen und mehr gemeinschaftlich zusammen zu arbeiten, damit die Agitation besser betrieben werden könne. Der Kassier gab sodann die Quartals- und Jahresrechnung bekannt. Eingenommen wurden im vergangenen Jahre 583,61 Mt., Ausgabe 241,69 Mt., an die Hauptkasse abgeliefert 341,72 Mt. — Mitgliederbestand 41, somit um 13 im letzten Jahre gesunken. Die Revision fanden Alles in bester Ordnung und wurde dem Kassier einstimmig Decharge erteilt. Dann gab der Vorsitzende den Jahresbericht. Die Organisation habe besonders gegen unbegründete Entlassungen ankämpfen müssen, sämtliche Entlassungen, an der Zahl 5, wurden rückgängig gemacht; in zwei Fällen nur brauchte die Zahlstellenverwaltung in Anspruch genommen zu werden, die übrigen sind von den im Betriebe beschäftigten Kollegen erledigt worden. Beiträge an Arbeitszeit und sonstige Verbesserungen, sowie Freitagablenkung wurden in vier Betrieben erreicht. Bei der Vorstandswahl wurde mit einer kleinen Veränderung sämtliche Kollegen wiedergewählt. Als Vereinslokal wurde das bisherige, beim Kollegen Hühn, Fiskertalerstraße, gewählt, und als Versammlungstag jeder erste Sonntag im Monat bestimmt. Von dem Ueberfluß vom Stiftungsfest von 40,10 Mt. wurde 15 Mt. zum Bau eines Gewerkschaftshauses abzugeben beschlossen. Unter „Verschiedenes“ wurde die Einstellungweise in der Brauerei Thines u. Sohn einer scharfen Kritik unterzogen, weil doch Herr Thines einer Kommission gegenüber schon früher erklärte, die Leute einzustellen, wie sie kämen. Dies scheint der Braumeister vergessen zu haben, oder hatte er keine Kenntnis davon? Es wurde dann eine Kommission gewählt zur Schlichtung der Angelegenheit und um Herrn Thines nochmals an die Verpflichtungen zu erinnern. Bemerkenswert wurde noch, in Zukunft die „Freie Presse“ mehr in Anspruch zu nehmen über Missstände, die in den Brauereien vorkommen, besonders die Einstellungweise durch verschiedene Herren Braumeister.

**Wormen.** Die Versammlung vom 2. Februar war in Folge der Vergnügungen in Dortmund und Essen nur mäßig besucht. Den Kassierbericht gab Kollege Mollering. Die Einnahme pro 4. Quartal betrug 217,40 Mt., pro Jahr 1902 934,30 Mt. Die Kassa hatte einen Bestand von 45,23 Mt. Dem Kassier wurde Decharge erteilt. Unter „Verschiedenes“ brachte ein Kollege eine Beschwerde vor, wie er in Folge eines Artikels in der Arbeiterpresse, die in dem Geschäft nicht gehalten wird, gedrückt wird. Da er jedoch noch abwarten will, ob die Sache nicht besser wird, wurden vorläufig weitere Schritte unterlassen. Ferner kam wieder ein Fall, den Braumeister Jung der Schlegelbrauerei betreffend, zur Sprache. Bei der Entlassung des Kollegen Q. erklärte er der Kommission, daß er keinen Unterschied mache zwischen „Dum“ und „Berband“. Am 22. Januar sprach ein Kollege zu; er wurde in das Komptoir des Braumeisters gerufen, dort gefeilt und gefragt, ob er einem Verein angehört. Der Kollege erklärte offen und ehrlich, daß er im Berband sei. Er wurde für später befellt, und als er wieder vortraf, war ein Anderer, „Bessergeringer“, vorgezogen. Der Kollege hatte Herrn Jung schon gefallen, da er gerade vom Militär zurückkam und häufig ansah, aber für kein offenes Bekennen konnte er leider die Stelle nicht erhalten. Doch Herr Jung macht „keinen Unterschied“ — außer wenn es sich um Verbandsmitglieder handelt.

**Chemnitz.** Eine öffentliche Brauereiarbeiter-Versammlung fand am 1. Februar im Restaurant „Zur Hartberg“ statt. Kollege Max Bandow sprach über die wirtschaftliche Lage der Brauereiarbeiter von Chemnitz und Umgebung. Er zeigte den Anwerbenden an den Syndikaten, wie sich die Unternehmer organisieren, und verwies hierbei auf das Leipziger Syndikat, dem auch die größte Brauerei am hiesigen Orte angehört. An der Hand statistischer Materials wies er nach, daß die Löhne der Brauereiarbeiter von Chemnitz denen anderer Städte bedeutend

zurückstehen. Die Löhne der Brauereiarbeiter, welche zwischen 17 und 27 Mt. pro Woche schwanken — letzteren Lohn erhalten nur Wenige — bedürfen entschieden einer Verbesserung. Dieser Besatz löpnte den Referenten für seine 1/2stündigen Ausführungen. Nach Wahl des Bevollmächtigten, die auf Kollegen Schamhäuser fiel, des Agitationskomitees und des Kartell-Belegierten wurde über die Einführung eines Sozialbeitrages von 20 Pf. pro Monat für das Mitglied debattiert, jedoch kam kein Beschluß zu Stande; die Angelegenheit wurde der nächsten Versammlung übergeben. Es wurde weiter eine Kommission gewählt, die sich mit den nötigen Vorarbeiten zur Verbesserung der Lebenslage der Brauereiarbeiter befassen wird. Nach Erledigung einiger weiterer Angelegenheiten wurde die gut verlaufene Versammlung geschlossen.

**Döbeln-Debatte.** Die am 1. in Zeisnig stattgefundene öffentliche Brauereiarbeiter-Versammlung war leblich besucht. Leider war der Referent, Kollege Stöcklein, nicht erschienen, was umso mehr zu bedauern ist, da wir gerade in einem schlechten Winkel saßen. Kartellvorsitzender Schneeweiß-Debatte sprach über Zweck und Nutzen der Organisation und Kollege Lehmann-Döbeln über die Lage der Brauereiarbeiter im Allgemeinen. Beide Redner ernteten großen Beifall, und wird wohl Jeder zu der Ueberzeugung gelangt sein, daß nur eine thätige Organisation helfen kann. Unter Geschäftlichem wurden die Verhältnisse der Fischendorfer Brauerei kritisiert. Fröh um 5 Uhr auf, um 6 Uhr Kasse, 10 Minuten, um 9 Uhr Frühstück, zwanzig Minuten, um 12 Uhr Mittag, 20 Minuten, Vesper 5 Minuten. Schluß um sieben Uhr. Also über 13 Stunden effektive Arbeitszeit. Bei dieser Arbeitszeit ist der Anfangslohn 45 Mt. pro Monat. Hier wird wohl Lust gemacht werden müssen. Auch in anderen Betrieben ist es ähnlich so, doch schrecken sich die Hilfsarbeiter immer noch nicht unserem Verbands an. In einer Brauerei sind ein Oekonom und 7 Ungelehrte, ohne Arbeiter, thätig; doch organisieren sich dieselben nicht, wohl aus Furcht.

**Dortmund.** Die Versammlung vom 8. Februar war gut besucht. Ein Kollege ließ sich aufnehmen. Das Unbedenken an den vorhergehenden Kollegen Sternitzki wurde in der üblichen Weise geäuert. Die Abrechnung vom Kränzchen wurde auf die nächste Versammlung vertagt. Die Angelegenheit der Westfalen-Brauerei wurde als erledigt betrachtet, da Kollege Dreyler, dem schon gekündigt war, wieder auf seinem Posten blieb, und der leitendste Frankeberger, der Nichtmitglied ist, entlassen wurde. Bekanntlich sollte es umgekehrt geschehen. Er hat schon Arbeit in Bochum. Im Kartellbericht bemerkte Schulz, daß die Bücher der Bibliothek jetzt jeden Sonntag, ausgenommen die Feiertage, aber nur gegen Legitimationskarten ausgegeben werden, die von dem Vorsitzenden ausgehändigt werden. Weiter bemerkte er, daß wir mit unserer Sammlung für die Meeraner Weber unter den Gewerkschaften an erster Stelle stehen. Gerügt wurde, daß der Wirth vom Gewerkschaftshaus nur allein in der Germania-Brauerei vorstellig wurde, und wurde beschlossen, nochmals mit dem Kartell Rücksprache zu nehmen und in der Sache nochmals vorstellig zu werden; ferner eine Geschäfts-Versammlung für die Kollegen der Germania-Brauerei einzuberufen. Die Frage des Arbeits-Nachweises soll auf Antrag Brülling weiter verfolgt werden, zugleich eruchte aber B. die Vertrauensmänner um geeignete Unterstützung, damit wir in diesem Jahre bessere Fortschritte machen. Zur Weiterverfolgung der Arbeits-Nachweisfrage wurde eine Kommission gewählt. Betreffs der angeregten Krankenunterstützung wurde eine Kommission zur Ausarbeitung der Statuten gewählt, die in nächster Versammlung vorgelegt werden sollen. Die nächste Versammlung soll am 8. März stattfinden, eine kombinierte sein, zu welcher die Mitglieder für guten Besuch sorgen sollen. Die Angelegenheit über die ist noch nicht erledigt, da die Kommission f. B. gar nicht empfangen wurde.

Es ist wohl nicht Sitte, aber Festlichkeiten in unserem Organ zu beschließen, doch unser Vergnügen am 31. Januar verdient seiner besonderen Umstände wegen erwähnt zu werden. Die Beteiligung seitens der Bundesmitglieder war noch nie so stark, trotzdem der Bundesverein zu diesem Tage eine „Ausserordentliche Generalversammlung“ einberief, und es obendrein noch Feiertag gab. Der Festrede des Kollegen Brülling folgte ein brausendes Hoch auf den Zentralverband, und man konnte deutlich die Gefühle der Bundesmitglieder von ihren Gesichtern lesen: „Er hat recht — aber wenn man könnte, wie man wollte!“ Offenlich verdrückt sich diese Sympathie zu unserer Sache zur folgerichtigen That.

**Essen.** Am 7. Februar fand unsere Mitglieder-Versammlung statt. Den Bericht vom Gewerkschaftskartell gab Euborn. Da derselbe Jahresbericht ist, wird er jedem Mitgliede gedruckt ausgehändigt werden. Nach Wahl der Kartellbelegierten und Abrechnung von Eglwiler entspann sich über den 3. Punkt: Errichtung eines Arbeitsnachweises, eine längere Debatte. Es wurde beschlossen, einen Referenten darüber sprechen zu lassen. Im Verschiedenen kamen die Differenzen zwischen den Kollegen H. und B. zur Sprache; da sich Kollege H. zu recht bedauerlichen Ueberungen hinreißen ließ, wurde beschlossen, dem Hauptvorstand den Ausschluß zu beantragen. Zur Volksversammlung im „Lidok“ eruchte der Vorsitzende um zahlreichem Besuch.

**Essen.** In der Versammlung vom 8. Februar ließ sich ein Kollege aufnehmen. Im Kartellbericht wurde bemerkt, daß zur Information des Kartellvorstandes jede Gewerkschaft fortlaufend ein Exemplar der Fachschrift im Bureau des Metallarbeiterverbandes abzugeben hat. Die Abrechnung vom 4. Quartal wurde verlesen und für richtig befunden. Als Kandidat zur Gewerbegerichtswahl wurde Kollege Rechner aufgestellt. Bericht wurde der schwache Versammlungsbesuch seitens der Essener wie der auswärtigen Kollegen.

**Frankfurt a. M.** Die Versammlung vom 8. Februar war ziemlich schlecht besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhaben sich die Anwesenden zu Ehren der verstorbenen Kollegen Striegel und Probst von ihren Sigen. Den Kassierbericht gab an Stelle des erkrankten Kollegen Fidler Kollege Stroiber. Dem Kassier ward Decharge erteilt. Beschlossen wurde, in diesem Jahre noch einen Familienabend abzuhalten und zwar bei Anton Behr, Painerweg. Weder erstattete kurzen Bericht über die Thätigkeit des Kartells. Beschlossen wurde, daß die Delegierten alle Vierteljahre Bericht erstatten sollen. Da nach dem neuen Reglement die Hälfte der Delegierten dem Vorstände angehören müssen, wurden Wittich und Wedel als Delegierte, Güttschmid und Reisinger als Ersatzleute gewählt. Für 2 ausgeschiedene Vorstandsmitglieder wurden Fidler und Reisinger gewählt. Die Gründung einer Sterbekasse führte zu lebhafter Debatte. Da bei der letzten Abstimmung noch viel Unklarheit über den Nutzen einer solchen Kasse vorherrschte, erklärte Wittich denselben noch einmal und ward der Antrag, nochmals die Formulare auszugeben, gegen 2 Stimmen angenommen. Unter „Verschiedenes“ wird das Klattreiben in der Brauerei Henninger zur Sprache gebracht. Zum Schluß fordert Wittich nochmals auf, besser für den Verband zu agitieren und die Versammlungen besser zu besuchen.

**Härftenswalde.** Die Versammlung vom 30. Januar im „Schloßkeller“ war von 40 Mann besucht. Den Kassier- und Kartellbericht erstattete der Vorsitzende Eilge, ebenso den Jahresbericht. Aus dem Jahresbericht ist zu ersehen, daß sich die Zahlstelle gut entwickelt hat, besonders in den letzten Quartalen. Es sind jetzt 69 Mitglieder. Zwei Mitglieder haben sich schriftlich beim Vorsitzenden abgemeldet; es sind zwei gelehrte Arbeiter, und kann man es derselben nicht über nehmen, da sie leider den Bericht der Organisation noch nicht begriffen haben. Unter „Verschiedenes“ wurde das Verhalten des Kollegen Sygan sehr kritisiert und sollen noch Nachforschungen vorgenommen

werden, um diesen Kollegen ein bißchen aufzuklären. — Das am 31. Januar stattgefundene erste Vergnügen war ganz gut besucht, aber leider fehlten am meisten die Mitglieder selbst, und ist der Erfolg ein sehr trauriger, da ein bedeutendes Manko bei der Abrechnung konstatirt wurde.

**Wiesem.** Am 1. Februar fand hier im „Wiener Hof“ unsere Versammlung statt, welche von den Wiesener Kollegen leider schwach besucht war. 2 Mitglieder wurden umgeschrieben und 8 Mann neu aufgenommen. Der Vorsitzende berichtete, daß die in letzter Versammlung bestimmte Agitationsstour nach Buchach unternommen wurde und auch, wie uns die heutige Versammlung lehrt, nicht ohne Erfolg blieb. Der Vertrauensmann der Brauerei Gumbrius, Buchach, führte hierzu noch an, daß jetzt von 14 dort beschäftigten Branerern und Wirtchern 9 organisiert sind und gab sich der Hoffnung hin, daß auch die übrigen bald einsehen werden, daß nur durch die Organisation ihre Lage verbessert werden kann. Unter „Verschiedenes“ wurde unter Anderem auch die Verhandlung von Seiten des O. B. e. u. r. s. e. n. in der Brauerei Gumbrius, Buchach, die gerade nicht die gebildete zu nennen ist, etwas beleuchtet. Wir wollen vorerst die Beweise hierfür, sowie auch seinen werthen Namen in der Zeitung nicht veröffentlichen, hoffen aber, daß er sich nach dieser Richtung hin bedeutend bessert und die ihm unterstellten Leute besser behandelt als bisher, anderenfalls würden wir gezwungen sein, ihn fähler zu lassen, daß aber ihn auch noch Jemand waltet.

**Gmünd.** In der Versammlung vom 1. Februar sprach Kollege Thierer-Stuttgart über: „Was für einen Werth haben tarifliche Vereinbarungen?“ Er führte aus, daß, obwohl vor 5-6 Jahren noch eine starke Abneigung seitens der Arbeiter gegen Tarife bestanden hätte, dieselbe nun allgemein im Schwanden begriffen sei, und überall, wo organisierte Arbeiter sich vorfinden, mit Macht nach tariflichen Vereinbarungen gestrebt werde. Jedoch solle, möglichst alle gewerbliche Fragen regelnde Tarife, wie es wünschenswert sei, seien nur in Verbänden mit Berücksichtigung vor bei den Buchrüdern möglich; dort könne durchgreifend auf diesem Gebiete geschafft werden, die Geschlossenheit und feste Organisation garantire dies. In dieser Beziehung mangelt es bei den Brauereiarbeitern noch sehr, deshalb sei die Vorlicht nach dieser Richtung doppelt zu empfehlen. Zwei Fragen kämen da in Betracht: 1. Ist die Organisation stark und einig genug? und 2. Ist die Zeit die günstigste, mit derartigen Forderungen an die Unternehmer heranzutreten? Die erste Frage müsse für Gmünd vereint beantwortet werden, denn zu Derartigen sei ein gemeinsames Zusammenwirken notwendig, der schlechte Versammlungsbesuch merke aber schon sehr gutes Licht. Weber die zweite Frage könne man zweierlei Ansicht sein; aber nicht zu unterschätzen sei die steigende Entwicklung der Großproduktion, die die Kleinbrauer proletarisiert und durch die immer höheren massiven Eingriffe in die Produktion die Arbeiter überflüssig mache, was einen kolossalen Druck auf die Lohnverhältnisse bedeute. Dann komme der Zolltarif mit seinen für das Brauereigewerbe furchtbaren Wirkungen; nur mit Maß und Ziel könne dem mit tariflichen Forderungen an die Unternehmer heranzutreten werden. In dem Redner glaubt, bei Lohnforderungen möglichst Zurückhaltung bewahren zu müssen, ist er der Ansicht, daß in einem Tarif unbedingt der § 616 des Bürgerl. Gesetzbuches herangezogen werden müßte, um bei vorübergehender Krankheit oder Miltärdienstleistung schadlos zu bleiben; dann sei die Ablösung des Freiwerks zu verlangen, wodurch der Zwang des Trinkens beseitigt werde. Nürnberg habe das bereits erreicht, das Geld werde dort herausgeholt, und in München strebe man auch danach. Eine weitere Forderung sei der Arbeitsnachweis, aber, wo ein Arbeitsamt bestünde, die Vermittlung nur durch dasselbe; auch könne man ruhig auf dem Verlangen eines Ständigen Uebernahme ohne Gehaltsstützung jährlich bestehen. In Allem betont Redner aufs Neue, daß festes Zusammenhalten und gute Ueberlegung dazu erforderlich sei und weist auf die Vorgänge in der Mohren-Brauerei hin, daß hier nur die volle Einigkeit gestiftet hätte. Ferner empfiehlt er, bei den kommenden Reichstagswahlen fest für den Arbeiterkandidaten einzutreten; denn nur dann sei das durch die Gewerkschaft Errengene von Werth, wenn es durch gesetzliche Maßnahmen gestützt wird. In der Diskussion, an der sich eine Anzahl Kollegen beteiligten, wurden folgende Klagen laut, daß die Fragebogen nicht genügend ausgefüllt wurden und so kein genaues Bild gäben; daß es noch vorkomme, daß einige Kollegen den alten Tarif nicht einhalten, und daß namentlich dahin getrachtet werden müsse, daß die Versammlungen besser besucht werden. Eine eingehende Besprechung eines neuen Tarifes wurde auf eine nächste außerordentliche Mitglieder-Versammlung verschoben.

**Ostha.** Am 14. Februar tagte im Gasthof „Zum Stern“ unsere Generalversammlung, welche ziemlich gut besucht war. Der Vorsitzende Grunert erstattete den Jahresbericht des Vorstandes. Ihm wurde volles Lob zu teil. Auch der Kassier wurde entlastet. Nach der Wahl des Vorstandes und der Vertrauensleute wurde auf Antrag Grunert einstimmig beschlossen: „Der Vertrauensmann Kessler der Seeburg-Brauerei soll aufgebordert werden, seinen Verpflichtungen nachzukommen, andernfalls statutengemäß mit ihm verfahren wird.“ Ueberhaupt scheinen die dortigen Kollegen sehr gleichgültig zu sein, da sie die Versammlungen so wenig besuchen. Dadurch wird die Zahlstelle nicht gebessert. Nach einem kurzen Appell erfolgte Schluß der Versammlung.

**Hamm.** Am 1. Februar fand eine kombinierte Versammlung mit den Käufern statt. Nachdem die Kartell-Angelegenheiten erledigt waren, kamen wir zu einem etwas wichtigeren Punkt der Tagesordnung: „Wie stellen wir uns in diesem Jahre zur Lohnforderung?“ Da aber nun eine große Anzahl Kollegen fehlten, so wurde vom Vorsitzenden der Vorschlag gemacht, sich die Sache reiflich zu überlegen und über diesen äußerst wichtigen Punkt in nächster und zwar wieder kombinierten Versammlung zu diskutieren. Bezüglich des Festnachmittages wurde beschlossen, sämtlichen auswärtigen Kollegen, die zur Zahlstelle Hamm gehören, freien Eintritt zu gewähren.

**Heidelberg.** Unsere Versammlung vom 7. Februar war leider schwach besucht. Es scheint, daß die Kollegen wenig Interesse mehr an der Sache hätten. Im Kartellbericht wurde erwähnt, daß am 5. Februar der Buchführungsbüroausgängen hätte. Betreffs der Angelegenheit des Kollegen Köber wurde dessen Verhalten gegen seine Kollegen in der Schrödel'schen Brauerei kritisiert und beschlossen, eine Geschäfts-Versammlung einzuberufen, um die Sache näher zu untersuchen. Im Verschiedenen stellte Kollege Friedlein den Antrag, in nächster Zeit eine öffentliche Brauereiarbeiter-Versammlung abzuhalten, wozu ein Referent bestellt werden sollte und Gauvorstand der Boch. aus Mannheim vorgeschlagen wurde. Von einer Zeller-Versammlung für zwei Kollegen wurde diesen 1,65 und 2,50 Mt. abgemittelt. Mit einem Appell an die Kollegen, besser zu agitieren, erfolgte Schluß der Versammlung.

**Hehob.** In der Januar-Versammlung gab der Kassier die Abrechnung vom 4. Quartal. Dieselbe wies eine Einnahme von 94,25 Mt. und eine Ausgabe von 79 Mt. auf. Kasse und Bücher stimmten, wie die Revisionen berichteten, woran dem Kassier Decharge erteilt wurde. Als Hilfskassier wurde Sauer gewählt. Unter „Verschiedenes“ gab der Kassier bekannt, daß zwei Mitglieder ausgetreten sind. Es sind dies O. und M. Das Gmünd'ische M. erklärte in wegwerfendem Tone: „Ich brauche den Verband nicht, ich kann mich selbst ernähren.“ Hiermit beweist M., welchen Begriff er von der Organisation hat. Nun, wir werden darüber keine Gründe vergleichen. Es kann aber doch noch eine Zeit kommen, wo M. den Verband gerne brauchen würde; oder er sollte noch einmal einen Uebermüthigen mitzunehmen, denn für eine demütigende Thätigkeit ist er



der Verband vorwärts kommen soll, wie es in unserm Interesse wünschenswert ist.

**St. Johann-Saarbrücken.** Im Königreich des selbigen Stamma helfen immer noch Denunzianten und Organisationsfeinde zusammen, organisierte Arbeiter nicht auskommen zu lassen. Mächtig fühlte ein Wirt, wo Kollegen verkehrten, die „Nützliche“ Pflicht in sich, einen organisierten Kollegen sichtlich bei seinem Braumeister zu denunzieren und die Denunziation noch dadurch in der Wirkung zu befestigen, daß er dem Kollegen Anschuldigungen unterwarf, die dieser gar nicht gemacht hatte, und ihn als „Fremder“ und „Aufwiegler“ in den schwarzen Farben schilderte. „Selbstverständlich“ folgte darauf die Strafe der Entlassung. Als der Kollege den Wirt zur Rede für seine Unwahrheiten stellen wollte, verließ er sich. Wann werden endlich die Kollegen von St. Johann und Saarbrücken einsehen, daß unsere Verhältnisse verbessert werden müssen, daß es dazu aber nur ein Mittel gibt, wenn sich Alle ohne Ausnahme dem Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter anschließen, dann können uns auch solche Denunzianten nicht mehr schaden.

**Stuttgart.** Am 31. Januar fand unsere häufig besuchte Generalversammlung statt. Aus dem vom Vorsitzenden erstatteten umfangreichen Tätigkeitsbericht konnte jeder Anwesende erkennen, daß in Folge der verschiedenen Fälle, welche sich im verfloffenen Jahre in verschiedenen Stuttgarter Brauereien abspielten, jedes Mitglied verpflichtet ist, eher wie vorher zum Verband zu halten und denselben zu schützen, zumal jetzt, wo wir vor dem Zeitpunkt stehen, einen neuen Bohnentarif für uns zu erringen. Abgehalten wurden 10 Versammlungen und 26 Sitzungen. Der jährliche Kasseebericht wies eine Einnahme von 8564,40 Mk. auf; unter den Ausgaben sind zu verzeichnen: an die Hauptkasse abgeandt 4197,99 Mk., Krankenunterstützung 1820 Mk., Arbeitslosenunterstützung 1017,70 Mk., Gemahrgeldunterstützung 212 Mk. Der Lokalkassenbestand betrug 296,19 Mk. Dem Gesamtsortstand wurde Decharge erteilt. Nach Erledigung der Wahlen wurde zunächst die „Arbeiterhalle“ zum nächsten Stiftungsfest bestimmt. Alsdann erfolgten Beschwerden von verschiedenen Kollegen der Brauerei Wulle, wie die dortigen Brauereiarbeiter von Seiten der Direktion, sowie des Braumeisters behandelt werden. In der betr. Brauerei ist kürzlich ein Bierfabrikant nach fünfjährlicher Krankheit entlassen worden; derselbe sollte im letzten Jahre siebenmal verfallen haben. Als die Kommission vorstellig werden wollte, wurde ihr angeordnet, man brauche keine Kommission, der Herr Direktor hätte die Sache schon mit dem Vertrauensmann der Brauerei abgemacht und verweigerte jedwede Unterhandlung. Dem Vertrauensmann wurde nur angeordnet, wer in Zukunft dreimal verfallen, sei entlassen. Auf die Anfrage nach einer Frist resp. nach einem Zeitraum wurde rundweg erklärt, das behalte sich die Direktion vor. Auch wäre dem dortigen Braumeister als gebildeten Mann sehr zu empfehlen, daß er derartige Namen wie Hammel u. a. m. den Arbeitern gegenüber in Zukunft unterläßt; denn von einer Brauerei, wo die Arbeiter derartig ausgebeutet werden und eine derartige Aufsicht vorhanden ist, daß dieselbe einer Strafanstalt bald gleichkommt, die nach Jahresabschluss nach reichlichen Abschreibungen und Entleerungen im Stande ist, 10 Prozent Dividende an die Herren Aktionäre auszubehalten, bis in die meisten Arbeiter-Wirtschaften, Gewerkschaftshäuser, wie Stuttgart und Pforzheim, ihr Produkt liefert, wie überhaupt die Arbeiterschaft ihr Hauptnahrungsmittel ist — von einer solchen Brauerei hätten die Arbeiter doch mindestens eine anständige Behandlung zu erwarten und eine Unterhandlung mit ihren Arbeitern, wenn berechnigte Beschwerden vorliegen, wie es in einem jeden geordneten Betriebe selbstverständlich ist, und nicht ohne Weiteres eine beauftragte Kommission bei ihrem Vorstelligwerden einfach abzuweisen. Denn Jahre lang dauern schon die Beschwerden, welche immer und immer wieder von Seiten der Arbeiter geführt werden. Daß bei solchen Zuständen es einmal zur Explosion kommen könnte, wäre leicht zu erwarten, denn das Geschäftsprinzip der Direktion ist das: „Der Arbeiter, dem es bei uns nicht paßt, der kann ja gehen“. Damit erklären sich aber die dortigen Arbeiter nicht zufrieden, sie wollen geordnete Zustände. Wenn aber die dortigen Arbeiter Mann an Mann dazwischen treten, gegenüberstehen, sich der Organisation anschließen würden, dann wäre es auch leicht möglich, endlich in dieser Brauerei Ruhe und Ordnung zu schaffen. Zum Schluß führte noch Kollege Thier die Interessenpolitik verschiedener Gewerkschaften an, worauf beschlossen wurde, eine Resolution in der nächsten Versammlung zu beschließen, damit die Streitigkeiten in der Zeitung aufhören.

**Luzing.** Am 8. Februar fand im „Seehof“ in Luzing eine Versammlung der Brauereiarbeiter statt. Referent Schrems aus München, welcher über Verhül und Nutzen der Organisation sprach, fand großen Beifall. Die Brauereiarbeiter der Luzinger Brauerei sowie der Bernrieder waren bereits erschienen, nur aus der Stallacher kamen zwei Mann, obwohl Alle organisiert sind. Es wurde beschlossen, am 11. März Rechnung zu tragen, daß alle Monate eine Versammlung abwechselnd in den drei Orten stattfinden soll, und zwar jeden dritten Sonntag im Monat 12 1/2 Uhr. Die nächste im März in Bernried, die folgende in Stallach im April, im Mai in Luzing und so fort. Auch wurde beschlossen, daß keiner unentschuldig von der Versammlung wegbleiben darf. Jede Versammlung, welche stattfindet, muß von den drei Orten besucht werden. Für den abreisenden Kollegen Singer, der sehr thätig für den Verband und die Interessen der Kollegen war, wurden zwei Vertrauensmänner für Luzing gewählt. Kollege Weber, Bernried, ermahnte die Kollegen zu fleißiger Versammlungsbefuch, damit noch bessere Verhältnisse geschaffen werden können. Ferner wurde noch unter Zustimmung der Anwesenden auf die kommenden Reichstagswahlen hingewiesen, wobei auch die Brauereiarbeiter ihre Schuldigkeit thun müssen.

**Weimar.** Unsere Versammlung vom 7. Februar war schlecht besucht, es fehlten 13 Mitglieder, 3 waren entschuldig durch dringende Gründe, aber die anderen 10 konnten da sein. In der letzten Versammlung versprochen Diejenigen, die 7 bis 10 Mal gefehlt hatten, dieses Jahr fleißiger zu kommen, aber Versprechen ohnehalten. Unter „Mitteilungen“ wurde bemerkt, daß der Zigarrenverkauf von den Kollegen besser beherzigt, ebenso unsere Arbeiterpresse, die „Tribüne“, besser unterstützt werden solle. Im Kartellbericht wurde mitgeteilt, daß die Gewerkschaftskommission ein Auskunftsorgan einrichten will und werden hierzu die Kosten aus der Lokalkasse bewilligt. Zu Punkt 3: Paragraph 2 Absatz d des Statuts, die geistige Bildung der Mitglieder betreffend, wurde ausgesprochen, daß viele Kollegen sich nicht um höhere Interessen kümmern, als bloß zu arbeiten, zu trinken und zu schlafen, aber keine öffentlichen Versammlungen besuchen usw. Es ist dies schädl, daß Viele noch nicht den Werth der Organisation erkennen. In Zukunft sollen mehr Vorträge gehalten werden, natürlich müssen auch die Versammlungen besser besucht werden.

### Bewegungen im Berufe.

† Zugzug nach Mülheim a. Rh., Krefeld und Bamberg ist fernzuhalten.

† Gaderleben. In der Klosterbrauerei war ein Kollege entlassen, der nach Vorstelligwerden wieder eingestellt wurde. Die Organisation wird von den Besitzern anerkannt. Keinem soll wegen Beitritt etwas in den Weg gelegt werden. Der Bohnentarif bei besserem Geschäftsgange erhöht werden. Sonntagsarbeit ist abgekauft und wöchentliche Lohnzahlung

versprochen, bessere Arbeitsverhältnisse sind ebenfalls geschaffen. Wichtigkeit sollen nur Organisierte eingestellt bzw. beschäftigt werden.

† Die Bismarckbrauerei in Kulkbach hat ihren Arbeitern seit Neujahr pro Jahrtag 1 Mark an Bohnen zugelegt. Ist es bei den dort bestehenden Bohnenverhältnissen nicht viel, so doch anerkennenswert; dagegen hat Herr Direktor Mönckelowski von der 1. Aktien-Exportbrauerei den Vorsitzenden Goller wegen Beleidigung verklagt, und zwar in einer Sache, in der schon eine Verurteilung erfolgt ist, was das Bemerkenswerte ist. Auf Grund eines Artikels in der „Oberfränkischen Volkszeitung“ wurde der Redakteur Goller wegen Beleidigung zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt, welche Strafe in der Berufungsinstanz auf 100 Mark reduziert wurde. In der Berufungsinstanz nannte Goller den Vorsitzenden der Zahlstelle Kulkbach als Verfasser des Artikels, jedenfalls in der sicheren Annahme, daß mit seiner Bestrafung die Sache erledigt sei. Doch das Sonderbare, das wohl einzig dastehen dürfte, geschah: Herr Mönckelowski begnügte sich nicht mit der einen Verurteilung, er will das „Verbrechen“, begangen auf Grund falscher Berichtserstattung, der der Einsender sowohl wie der Redakteur zum Opfer gefallen sind, doppelt gesühnt wissen. Ob es nur deshalb geschieht, weil Goller Vorsitzender der Zahlstelle des Brauereiarbeiterverbandes ist, das zu behaupten liegt uns fern. Und ob die Absicht des Herrn Mönckelowski Erfolg haben wird, muß die Zukunft lehren, für uns ist vorläufig die Absicht des Herrn Mönckelowski an sich von Interesse.

### Mundschau.

— Zu viel verlangt wird durch folgende „Bekanntmachung“:

„An unsere Arbeitnehmer. Obwohl es eigentlich selbstverständlich ist, daß man dasjenige Geschäft unterstützt, bei welchem man sein Brot verdient, haben wir leider in letzter Zeit die Wahrnehmung machen müssen, daß unsere in der Brauerei beschäftigten Leute zum größten Teil speziell dort verkehren, die nicht zu unseren Kunden zählen. Daß uns diese Thatsache nicht angenehm berührt, brauchen wir wohl nicht erst zu versichern, und wenn es auch nicht unsere Absicht ist, unseren Leuten in dieser Beziehung Vorschriften machen zu wollen, möchten wir dennoch die Erwartung ausdrücken, daß sich dieselben in der Hauptsache nur solche Lokale wählen, die unsere Biere verschänken und nicht die der Konkurrenz.“

Wir hoffen, daß es nur dieses Hinweises bedarf und für die Folge diese unsere Wünsche nach Möglichkeit erfüllt werden.

Dampfbrauerei Zwenkau, A.G.

### Eingänge.

„Die Lage der Brauereiarbeiter in München im Jahre 1901“. Preis 30 Pfg., bei Bezug von 20 Exemplaren portofrei. Zu beziehen durch A. Witt, München, Dachauerstraße 14, Müllerg. I.

„Tarifverträge der Brauereiarbeiter mit dem Zehnerverband vereinigt Brauereien von Nürnberg-Fürth und Umgebung“. Preis für Mitglieder außerhalb Nürnberg und Fürth 25 Pfg. inkl. Porto. Zu beziehen durch O. Beitzner, Pöhlstraße 36.

Beide Broschüren werden den Mitgliedern zur Anschaffung empfohlen.

Von der illustrierten Romanbibliothek „In Freien Stunden“ liegen die Hefte 3 und 4 des neuen Jahrganges vor. „Der Goldmensch“, ein volkstümlicher Roman des ungarischen Dichters M. Jotai, erscheint als Hauptroman. Neben diesem Hauptroman gelangt die schlichte, hauptsächlich die Jugend ansprechende Erzählung der beiden beliebten Schriftsteller Erdmanns-Charlatan; Frau Therese“ zum Abdruck. Die Hefte erscheinen wöchentlich zu 10 Pfg. Bestellungen nimmt jeder Kolporteur, sowie die Expeditionen der Parteiblätter und die Post (Postzeitungs-Katalog Nr. 3556) entgegen.

Von der „Hütte“, Zeitschrift für das Volk und seine Jugend (Dresden, Verlag S. Wallfisch) ist soeben das 21. Heft erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Liebe ist ewig. Roman von Wilhelm von Polenz. — Es geht wohl anders, als du meinst. Gedicht von Josef von Eichenborff. — Sturmfluten an der friesischen Nordseeküste. Von Emil Fischer. — Truk, blanke Hans. Gedicht von Detlev von Siliencio. — Im Zwischend. Von Dr. Popitz. — Sturmknäpfe. Gedicht von Nicolaus Lenau. — Merkwürdige Automaten. Von Fred Hood. — Das Schmarogerthum in der Thierwelt. Von F. J. J. — Der stille See. Märchen von Karl Erwald. — Genosse. — Von Gisela Michels Lindner. — Willys Geburtsstag. Von Wilhelm Wähl. — Gedichte von Ferdinand Vornaci. — Notizen. — Kunstbeilage: Sommerlandschaft. Nach einer Photographie von Nicola Perscheid.

Der Kunstzug im Reichstag. Der Einzelpreis ist 20 Pfg. Eine für die Massenverbreitung hergestellte Agitations-Ausgabe wird pro 100 Stück mit 6.— Mk. abgegeben. Bestellungen sind an die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., Lindenstr. 69, zu richten.

Die Kaiserreden im Reichstag und die Sozialdemokratie. Preis 20 Pfg. Buchhandlung Vorwärts, Berlin.

### Quittung.

Vom 9. bis 15. Februar gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

- Cottbus 1.—, Mannheim 2,40, Oera 200.—, Stuttgart 278,46, Waing 104,14, Lüneburg 56,60, Mülheim (Rhein) 118,53, Mülheim (Ruhr) 36,31, Chemnitz 89,35, Cottbus 49,50, Köln 85, Ding 16,53, Delitzsch 3,90, Nürnberg 3,90, Uelkingen 7,80, Amsterdam 1.—, Leinfried 64,82, Mannheim 96,22, München 882,45, Budenwalde 2,40, Erzer 3.—, Ludwigsburg 4.—, Aschaffenburg 9.—, Augsburg 70,92, Mülheim (Ruhr) 26.—, Rosenheim 4,80, Neumünster 54,70, Hindelang 4,90, Dietrich 7,80, Iphoe 15,25.

Für Jazzerate ging ein: Stuttgart 2.—, Dortmund 4,20, München 2.—, Essen —,40, Kulkbach 1,60, Pöhlendorf 1,80, Dresden 3,30, München 3,80, Krefeld 1,80, Kulkbach 2, Gamburg 2,80.

Für Abonnements ging ein: Brauerfachverein Luzern 12,70, Gewerkschaft der Brauer, Fabrikanten und deren Hilfsarbeiter Desterreichs 102,43.

Material ist abgeandt: Chemnitz 1200 Mrl. à 30 Pf., St. Johann-Saarbrücken 40 Mitgliedsbücher und 400 Mrl. à 30 Pf., Düsseldorf I 1200 Mrl. à 30 Pf.

### Verbandsnachrichten.

\* Die Zahlstellen-Verwaltungen ersuche ich um schnelle Mittheilung, an welchen Orten Bamberger „Hofbräu“ Bier verzapft wird.

M. Egel, Nürnberg, Restaurant Schillerplatz.

\* Berlin I. (Brauer.) Da am 1. Januar d. J. die Vereinbarungen betr. § 616 des B. G. B. in Kraft getreten sind, ist es nöthig, daß die Mitglieder sich den Art. 2 des § 18 des Statuts genau durchlesen. — Geschieht die Krankmeldung schriftlich, dann ist der Tag des Ein-

tritts in den Betrieb, in welchem das Mitglied zur Zeit der Erkrankung arbeitet, anzugeben. — Die Mitglieder werden ersucht, der Einführung der Wochenbeiträge wegen, den Beitrag für die 14. Woche nicht vor dem 1. April 1903 zu entrichten.

\* Hamburg I. Mit den rückständigen Beiträgen sowie den Karten vom Stiftungsfeste ist abzurechnen und Kontrollkarten in Empfang zu nehmen. Da bei der Versammlung am 22. Februar die Kontrollkommission in Kraft tritt, sind die Mitgliedsbücher am Eingange vorzulegen.

\* Amsterdam. Vertrauensmann für die nach Amsterdamer reisenden Mitglieder ist J. Welsch, Amsterdam, P. O. Nr. 89.

\* Brüssel. Vertrauensmann für die nach Brüssel reisenden Mitglieder ist F. Müller, Rodelberg bei Brüssel, Rue de la Station 3.

\* St. Gallen. Unterstützung zahlt der Kassier C. Sieber, Brauerei Schlegengarten, von 12—1 1/2 Mittags und von 6 1/2—8 Uhr Abends aus.

### Todtenliste.

Aschaffenburg. Unser langjähriges treues Mitglied Joh. Böß ist nach langem schweren Leiden im Alter von 48 Jahren an der Proletariatskrankheit gestorben. Ein ehrendes Andenken ist ihm gewiß.

### Versammlungen finden statt in:

Aschersleben. Jeden ersten Sonntag im Monat, 3 Uhr, im „Goldenen Anker“.

Bamberg. Sonnabend, 21. Februar, im Vereinslokal Ballhaus.

Erfurt. Sonnabend, 21. Februar, 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Zur Forelle“, bei Koll. Frisch.

Greiz. Sonntag, 22. Februar, 3 Uhr, in „Scharfe Eck“.

Haderleben. Sonntag, 22. Februar.

Halle, Sect. I u. II. Sonntag, 22. Februar, 4 Uhr, bei Paulmann. Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend erforderlich.

Hamburg I. Sonntag, 22. Februar, präzis 2 1/2 Uhr, bei Gorn, Hohe Bleichen 30.

Heidelberg. Jeden ersten Sonnabend im Monat bei Koll. Bayer.

Killingen. Jeden ersten Sonntag im Monat, 2 Uhr, im Gasthaus „Zum goldenen Löwen“. Nichtmitglieder ebenfalls willkommen.

Münzingen. Sonnabend, 21. Februar, in der Brauerei „Zur Stadt“. Betr. Abrechnung und wichtiger Angelegenheit sämtliche Kollegen erscheinen.

Mühlhausen i. Th. Sonntag, den 22. Februar, Abends 8 Uhr, bei R. Pein, Langensalzaerstraße. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist notwendig. Rückständige Beiträge sind zu begleichen, widrigenfalls nach § 13 Abs. a gehandelt wird.

Nannburg. Jeden Mittwoch nach dem ersten eines jeden Monats.

Odenburg. Sonnabend, 21. Februar, im Vereinshaus.

Reutlingen. Sonnabend, 21. Februar, 8 1/2 Uhr, bei Wihler, hinter der Fruchtthale.

St. Gallen. Jeden zweiten Sonntag im Monat, 2 Uhr, im Gasthaus „Zum weißen Viren“, Riesenbühlstraße. Aufnahmen und Umschreibungen von Mitgliedern.

Der heutigen Auflage liegt ein Prospekt der Firma Schwetach u. Seidel, Tuchfabrik und Versandhaus in Spremberg, A.-L., bei, auf welchem, hier besonders hingewiesen wird.

### Ein herrschaftliches Brauhaus,

welches nach den modernsten Ansprüchen mit Dampfbetrieb eingerichtet ist, wird verpachtet. Selbiges steht seit dem Jahre 1783, theils in eigener Regie und theils in Pacht, im Betriebe.

Der Guß ist 75 Hektoliter. Die Lagerteller haben einen Fassungsraum von 75 000 Hektoliter und die Mälzerei kann pro Monat 1300 Meterzentner Malz erzeugen. — Vermittler sind ausgeschrieben.

Offerten beliebe man unter G. Z. 1820 an die Expedition dieses Blattes einzulenden.

### St. Gallen.

Das Gasthaus „Zum weißen Viren“, Einsehbühlstraße (früher W. Karrer) ging verkaufsweise an Kollegen Georg Schmid über und ist dort Hauptverlehr aller organisierten Brauereiarbeiter. Gute, billige Betten. Ferner wird in kurzer Zeit der Arbeitsnachweis eingeführt.

Fachverein von St. Gallen und Umgebung.

Zucker-, Nieren-, Blasen-krankes geheilt durch Liboriusquelle. Prosp. u. Broch. 60 Pf. in Brfm. 25 Pf. = Mk. 10, 50 Pf. = Mk. 20 exkl. Packg., Nachnahme. Liborius-Brunnen-Contor, Paderborn.

### Vertrauensstellung

In größerer Brauerei, auch als Reisender zc. Station kann gestellt werden. Pa. Referenzen. Offerten erbeten unter Nr. 3477 an G. E. Daube & Co., Köln.

### Mittheilung.

Sämtlichen organisierten Brauereiarbeitern, die nach Zürich kommen, zur Kenntniß, daß unser Arbeitsnachweis und Verlehr nicht mehr bei Wentele, „Zum Hofeneck“, sondern beim Kollegen Wohnhaas, Alt-Herbergsbater „Zur Hofnung“, vorläufig „Löwenhof“, Ede Rotwand-Bäderstraße, ist.

### Empfehlung.

Indem mir die Sektion Zürich des Schw. Br.-Verb. ihren Arbeitsnachweis übertragen hat, erlasse ich gleichzeitig meinen früher auf der „Hofnung“ geführten Brauer-Verkehr wieder und halte mich den nach hier kommenden Kollegen bestens empfohlen. Adolf Wohnhaas.

### Die Verbandskollegen der Zahlstelle Ditzdorf a. Rh.

Unsern werthen Verbandskollegen Karl Ehrmann und seiner lieben Braut zu dem am 28. Februar stattfindenden Hochzeitsfeier die herzlichen Glückwünsche zu der am 21. d. Mts. stattfindenden Vermählung. Die Verbandskollegen der Export-Brauerei Gebr. Leo, Mühlacker.